

Zeitung für Pirmasens und die Südwestpfalz



Daniel Frey will antreten

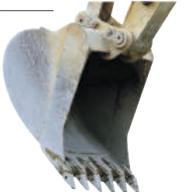
Bundenthal: 36-Jähriger will Nachfolger von Wolfgang Morio werden. Seite 15

Schulen und Kitas mehr betroffen

Südwestpfalz: 45 neue Corona-Infektionen – Achstes Todesopfer zu beklagen. Seite 14

38 Projekte in Planung

Pirmasens: Straßenprogramm kostet 28 Millionen Euro. Seite 9



AfD im Bundestag unter Druck

Hintergrund, Seite 3

Promi-Friseur Udo Walz ist tot

Aus aller Welt, Seite 7

FCK in Halle mit mehr Optionen

Fußball, Seite 19

SONDERTHEMA Multimedia



Seite 26

LETZTE MELDUNG

Kaiserslautern verbietet Demo

KAISERSLAUTERN. Das Verwaltungsgericht Neustadt hat gestern Abend das Verbot der Querdenken-Demonstration bestätigt, die für heute in Kaiserslautern geplant war. Das berichtete der SWR. Die Stadtverwaltung Kaiserslautern hatte die im Volkspark geplante Demonstration am Donnerstag untersagt. Daraufhin hatten die Organisatoren der Veranstaltung einen Eilantrag bei dem Verwaltungsgericht eingereicht. Wie ein Gerichtssprecher mitteilte, befürchtet das Gericht, dass sich die Teilnehmer nicht an die Corona-Vorschriften halten. Die Polizei hat mitgeteilt, dass sie heute trotzdem mit Einsatzkräften in Kaiserslautern ist. (PZ)

HIER FINDEN SIE:

Service:	Seite 14
Rätsel:	Seite 8
Roman:	Seite 21
Horoskop:	Seite 13

Tageswetter

MORGEN	MITTAG	NACHT
-1°	5°	1°

Seite 18

So erreichen Sie uns in der Redaktion

Pirmasenser Zeitung
Schachenstraße 1
66954 Pirmasens

Telefon: 06331/8005-0
Fax: 06331/8005-81
redaktion@pirmasenser-zeitung.de



Teil-Lockdown könnte bis 20. Dezember verlängert werden

Nächster Bund-Länder-Gipfel am Mittwoch – Impfstoff-Zulassung wird beantragt

■ **BERLIN.** In den Beratungen zu den anstehenden Entscheidungen im Kampf gegen die Corona-Pandemie zeichnet sich eine Verlängerung des Teil-Lockdowns ab. Wie das Wirtschaftsmagazin „Business Insider“ unter Berufung auf Länderkreise berichtet, könnten die seit Anfang November geltenden Maßnahmen bis zum 20. Dezember verlängert werden.

Auch nach Informationen der „Berliner Morgenpost“ und des „Tagesspiegel“ gibt es Überlegungen, den seit Anfang November und zunächst bis Ende des Monats begrenzten Teil-Lockdown bis mindestens kurz vor Weihnachten zu verlängern. Ist das Infektionsgeschehen nach Weihnachten nicht im Griff, sollen zudem nach Willen der SPD-geführten Länder und einiger CDU-Länder

■ **Kanzleramtschef Braun (CDU)** spricht sich dafür aus, besonders die Schulen in den Blick zu nehmen

die Winterferien bundesweit bis 10. Januar verlängert werden, berichtete das Wirtschaftsmagazin weiter. Zu weiteren Vorschlägen gehörten eine Ausweitung der Mund-Nasen-Bedeckung, neue Maßnahmen im Schulunterricht sowie eine Verschärfung der Kontaktbeschränkungen. Am kommenden Mittwoch wollen die Länderchefs zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einer Schalte über das weitere Vorgehen entscheiden. Bis Montag wollten Ländervertreter gemeinsame Vorschläge zu den möglichen Maßnahmen ab 1. Dezember erarbeiten.

Unterdessen erreichte die Zahl der Neuinfektionen gestern erneut einen Höchststand, die Gesundheitsämter meldeten dem Robert-Koch-Institut (RKI) 23 648 neue Corona-Infekti-



Vor neuen Bund-Länder-Beratungen zu den Anti-Corona-Maßnahmen zeichnen sich keine Lockerungen ab: Cafés und Restaurants könnten noch bis kurz vor Weihnachten geschlossen bleiben. (Foto: dpa)

onen binnen 24 Stunden. Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) sprach sich mit Blick auf den anstehenden Bund-Länder-Gipfel dafür aus, besonders die Schulen in den Blick zu nehmen. „Was wir für den November beschlossen haben, hat die Infektionsdynamik gebrochen. Aber es hat noch nicht dazu geführt, dass die Zahlen nach unten gehen“, sagte Braun dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Nun gehe es vor allem darum, Kontakte zu reduzieren und die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. Darüber würden Bund und Länder am Mittwoch diskutieren.

Braun schlug dem Bericht zufolge vor, ältere Schüler vermehrt zu Hause zu unterrichten und bei der Suche nach großen Unterrichtsräumen auch außerhalb der Schulgelände zu

suchen, etwa „auf Bürgerhäuser und Kinosäle auszuweichen“. Ältere Schüler könnten zum Beispiel ins Homeschooling geschickt werden. Auch nach dpa-Informationen soll am Mittwoch über mögliche weitere Corona-Maßnahmen an den Schulen gesprochen werden.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) warb gestern für scharfe Kontaktbeschränkungen. „Eine Familie darf sich nur noch mit zwei weiteren Personen aus einem anderen Hausstand treffen“, sagte Laschet der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sagte gestern: „Schon jetzt lässt sich sagen, dass wir über die kommenden Monate ganz sicher weiter mit Einschränkungen werden leben müssen.“

Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer wollen derweil bis zum Wochenende bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Corona-Impfstoff beantragen, wie beide gestern mitteilten. Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung, hieß es.

Das Oberverwaltungsgericht in Münster kippte gestern unterdessen die in der Corona-Einreiseverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen geregelte Quarantänepflicht für Auslandsrückkehrer aus Risikogebieten. Laut Gericht hat das Land nicht berücksichtigt, dass Reisende bei der Rückkehr aus Ländern mit geringeren Infektionszahlen als an ihrem Wohnort nach der Heimkehr einem höherem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. (dpa) Seite 6

Immer wildere Verschwörungstheorien

Trump-Anwälte werfen mit abenteuerlichen Gründen für Wahlniederlage um sich

■ **WASHINGTON.** Die Anwälte von Donald Trump tauchen in ihren Attacken gegen den Ausgang der verlorenen Präsidentenwahl immer tiefer in Verschwörungstheorien ab. Sie behaupten unter anderem, die Demokraten hätten die Wahl mit Hilfe von Kommunisten aus Venezuela manipuliert – ohne Beweise.

Anwältin Sidney Powell machte in einem TV-Interview keinen Hehl daraus, was Trump erreichen will: Mehrere Bundesstaaten sollen die Ergebnisse der Abstimmung schlicht nicht anerkennen und stattdessen Wahlleute ernennen, die für ihn statt für Wahlsieger Joe Biden stimmen. US-Rechtsexperten geben solchen Plänen keine Erfolgsaussichten.

Den Trump-Anwälten läuft die Zeit davon: In mehreren Bundesstaaten nähern sich die Termine zur amtlichen Bestätigung der Wahlergebnisse. So steht das am Montag in Pennsylvania und Michigan an. Unterdessen verlor die Trump-Seite allein am Donnerstag vor Gerichten in den Bundesstaaten Georgia, Pennsylvania und Arizona. Bisher sammelten



Donald Trumps langjähriger Anwalt und Vertrauter Rudy Giuliani (Foto) stellt weitere Klagen in Aussicht. (Foto: dpa)

die Anwälte mehr als 30 Schlappen vor Gericht ein, mit nur einem kleinen Erfolg. Trumps langjähriger Anwalt und Vertrauter Rudy Giuliani stellt aber weitere Klagen in Aussicht. Biden nannte Trumps Blockadehaltung „völlig unverantwortlich“. Seine Weigerung, das Ergebnis der Wahl vom 3. November anzuerkennen, schade dem Ansehen der Demokratie. Mit Blick auf Trumps Bemühungen, das Wahlergebnis zu untergraben, sagte Biden, dieser komme als der „unverantwortlichste Präsi-

dent“ Amerikas in die Geschichtsbücher. Trumps Anwaltsteam erklärte bei einer Pressekonferenz am Donnerstag zugleich, man könne Journalisten angesichts anstehender Verfahren keine Beweise für die Behauptungen präsentieren. Außerdem wollten wichtige Zeugen nicht vor die breite Öffentlichkeit treten.

Das hinderte Giuliani nicht daran, zu sagen: „Wir können nicht zulassen, dass diese Gauner die Wahl von den Amerikanern stehlen. Sie haben Donald Trump gewählt. Sie haben nicht

Joe Biden gewählt.“ Alle Wahlbehörden bestätigten bisher, dass es keine Wahlfälschung gab – oder größere Fehler, die das Wahlergebnis in Frage stellen könnten.

Giuliani behauptete dennoch, er könne beweisen, dass Trump den wichtigen Bundesstaat Pennsylvania in Wirklichkeit nicht verloren, sondern mit einem Vorsprung von 300 000 Stimmen gewonnen habe, und Michigan mit 50 000 Stimmen. Unter anderem seien Stimmzettel mehrfach eingescannt worden.

Abgeschlossen ist inzwischen die manuelle Überprüfung der Stimmen in Georgia. Dort lag Joe Biden vor Beginn der Neuauszählung mit rund 14 000 Stimmen vorn. Nun schrumpfte das Plus auf 12 284 Stimmen. Das war bereits erwartet worden. Der zuständige Staatssekretär Brad Raffensperger betonte, dass keine Anzeichen für Wahlbetrug gefunden worden seien.

Trump kann allerdings immer noch eine Neuauszählung beantragen, weil der Abstand zwischen den Kandidaten unter 0,5 Prozentpunkten liegt. (dpa)

Kurzarbeit: Erhöhung gilt bis Ende 2021

■ **BERLIN.** Auch im nächsten Jahr bekommen Beschäftigte, die länger als drei Monate auf Kurzarbeit sind, ein erhöhtes Kurzarbeitergeld. Der Bundestag hat die entsprechende Sonderregelung in der Corona-Krise gestern bis Ende nächsten Jahres verlängert.

Das Gesetz zur Beschäftigungssicherung muss abschließend noch durch den Bundesrat, der bereits deutlich gemacht hat, dass er keine Einwände gegen die Verlängerung hat.

Die Regelung sieht vor, dass Kurzarbeitergeld auch weiterhin ab dem vierten Bezugsmonat von seiner üblichen Höhe, nämlich 60 Prozent des Lohns, auf 70 Prozent erhöht wird – für Berufstätige mit Kindern von 67 auf 77 Prozent. Ab dem siebten Monat in Kurzarbeit soll es weiterhin 80 beziehungsweise 87 Prozent des Lohns geben. Profitieren sollen davon alle Beschäftigten, die bis Ende März 2021 in Kurzarbeit geschickt werden. (dpa) Seite 4

Neun Jahre Haft für Lkw-Attacke

■ **LIMBURG.** Wegen eines absichtlich verursachten Lastwagen-Unfalls mit 18 Verletzten hat das Limburger Landgericht gestern einen 33-Jährigen zu neun Jahren Haft verurteilt. Die Tat sei als versuchter Mord und gefährliche Körperverletzung zu werten, sagte der Vorsitzende Richter. Der Staatsanwalt hatte eine Strafe von sechs Jahren und zehn Monaten gefordert, der Verteidiger plädierte auf zwei Jahre wegen Körperverletzung. Im Oktober 2019 war der Syrer in stehenden Autos gefahren und hatte 18 Menschen verletzt. (dpa) Seite 7

„Fortschritt“ bei Brexit-Pakt

■ **BRÜSSEL/LONDON.** EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht wichtige Fortschritte in den Verhandlungen mit Großbritannien über einen Handelspakt für die Zeit nach dem Brexit. „Nach schwierigen Wochen mit sehr, sehr langsamen Fortschritten sehen wir jetzt mehr Fortschritt, mehr Bewegung bei wichtigen Punkten, das ist gut“, sagte von der Leyen gestern in Brüssel. Doch es herrsche großer Zeitdruck. „Es bleiben noch etliche Meter bis zur Ziellinie.“ (dpa)

Masken-Pflicht im Bundestag

■ **BERLIN.** Die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im Deutschen Bundestag ist nach einer Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin rechtmäßig. Das gab das Gericht gestern bekannt. Damit lehnte die zweite Kammer einen Eilantrag von neun Mitarbeitern der AfD-Fraktion ab. Die Anordnung des Bundestagspräsidenten sei bei summarischer Prüfung nicht zu beanstanden, hieß es. Der Präsident des Bundestages übe das Hausrecht aus. (dpa)